



Die Vorsitzende des
Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung,
Digitalisierung und Gesundheit
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-Mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3314
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Morbe

Wiesbaden, 04.12.2025

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

**zur öffentlichen Sitzung des Ausschusses
für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit
am Dienstag, 9. Dezember 2025, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden**

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 11.11.2025
2. 25-F-63-0056

ANLAGE

Maßnahmen zur Verbesserung der wohnortnahmen medizinischen Versorgung in den Ortsteilen in
Zusammenarbeit mit der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen (KVH)

- Antrag der Fraktionen Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Volt vom 26.08.2025 -
- Beschluss Nr. 87 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und
Gesundheit vom 02.09.2025 -

Bereich Digitalisierung

3. 25-F-63-0099

Dateninfrastruktur Smart City Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen Volt, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 02.12.2025 -

Die Stadt Wiesbaden hat in den letzten Jahren mit verschiedenen Digitalisierungsmaßnahmen - von der Einführung neuer Bürgerservices bis hin zum Zukunftswerk - wichtige Schritte zur Entwicklung einer smarten Stadt unternommen. Ein zentrales Fundament dieser Entwicklung bildet die Dateninfrastruktur, die Voraussetzung für viele smarte Anwendungen in Verwaltung, Mobilität, Umwelt- und Energiebereich ist.

Die Datenplattformen und -schnittstellen sollen künftig die Grundlage für effiziente, sichere und vernetzte Prozesse in der Stadtverwaltung und ihren Beteiligungen bilden. Sie ermöglichen datenbasierte Entscheidungen, entlasten Verwaltungsabläufe und schaffen Mehrwerte für Bürger*innen, Wissenschaft und Wirtschaft.

Um den aktuellen Stand und die nächsten Schritte im Aufbau dieser Smart-City-Dateninfrastruktur transparent darzustellen, soll die Verwaltung das Projekt im zuständigen Ausschuss vorstellen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. den aktuellen Stand der Smart-City-Dateninfrastruktur in Wiesbaden vorzustellen,
2. darzulegen, welche Anwendungen, Datenräume und Schnittstellen bereits in Betrieb oder in Planung sind,
3. zu erläutern, welche Kooperationen (z. B. mit Hochschulen, Landesinitiativen oder anderen Städten) bestehen oder angestrebt werden,
4. aufzuzeigen, wie Datenschutz, Datensicherheit und Datensouveränität gewährleistet werden,
5. die geplante Weiterentwicklung der Datenplattform zu skizzieren,
6. den Nutzen für Verwaltung, Bürger*innen und lokale Unternehmen für heute und in Zukunft darzustellen,
7. über die Einbindung der Dateninfrastruktur in weitere Smart-City-Projekte zu berichten.

4. 25-F-16-0003

ANLAGE

KI-Kompetenz für Kinder und Jugendliche

- Antrag der Fraktion BLW/ULW/Wardak vom 14.05.2025 -
- Beschluss Nr. 370 der Stadtverordnetenversammlung vom 20.11.2025 -

Bereich Gesundheit

5. 25-F-63-0104

Sanierungsstand der Psychiatrischen Stationen P1 & P2 der HSK sowie aktuelle Missstände

- Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und Volt vom 03.12.2025 -

Nach übereinstimmenden Medienberichten sind derzeit zwei psychiatrische Stationen der Helios Dr. Horst Schmidt Kliniken (HSK) außer Betrieb - eine davon bereits seit mehreren Jahren.

Die Station P1 wurde demnach bereits 2019 aufgrund eines Wasserschadens geschlossen, baulich entkernt und befindet sich weiterhin in Sanierung. Die Station P2 musste im März 2025 aufgrund eines Wasserschadens ebenfalls geschlossen werden. Als wesentliche Ursache ist eine wasserdurchlässige Rohbauabdichtung erkannt worden, die insbesondere bei Starkregen zu Komplikationen führt. Für die laufenden Sanierungsmaßnahmen wird ein voraussichtliches Ende auf Februar 2026 datiert. Konkrete und belastbare Angaben liegen jedoch nicht vor.

Die HSK muss als Teil der psychiatrischen Pflichtversorgung in Hessen alle Patientinnen und Patienten mit Behandlungsbedarf aufnehmen. Dafür setzt die Klinik zwar für 60 reguläre Betten auf den übrigen drei psychiatrischen Stationen eine personelle Ausstattung für 80 Bettplätze an. Die Überbelegung mit Patientinnen und Patienten auf der Akutstation führe laut einem anonymen Schreiben von Mitarbeitern der Station ferner zu "Chaos, ständige[r] Unruhe und massive[n] Sicherheitsprobleme[n]" - offensichtlich hat die Staatsanwaltschaft diese Berichterstattung zum Anlass genommen, Ermittlungen einzuleiten.

Vor diesem Hintergrund ist ein detaillierter Sachstandsbericht notwendig, um Umfang, Dauer und Folgen der Stationsschließungen für die Öffentlichkeit nachvollziehbar zu machen und ggf. eine Grundlage für weitere Entscheidungen zu schaffen.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. über den aktuellen Sachstand der zwei vorübergehend zur Sanierung geschlossenen psychiatrischen Stationen der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie der Dr. Horst Schmidt-Kliniken zu berichten.
Insbesondere sollen folgende Angaben enthalten sein:
 - a. derzeitiger Sanierungsstand (Maßnahmen, Zeitplan, Kosten).
 - b. verfügbare Bettenkapazität, -auslastung und Personalsituation in den drei übrigen psychiatrischen Stationen.
2. die Auswirkungen der reduzierten Raumkapazitäten auf die Patientinnen und Patienten einerseits und des Pflegepersonals andererseits darzustellen.
3. zu berichten, warum sich die Baumaßnahmen verzögert haben und welche Herausforderungen sich dadurch für die HSK ergeben.
4. gemeinsam mit der Helios HSK zu berichten, wie sich die Überbelegung in den psychiatrischen Stationen (insbesondere in der Akut- und Notfallpsychiatrie) nachhaltig reduzieren und die Sicherheit von Patientenschaft und Personal gewährleisten lässt.

6. 25-J-42-0007

ANLAGE

Einführung rauchfreier Zonen in Wiesbaden

- Antrag des Jugendparlamentes vom 16.09.2025 -
- Beschluss Nr. 115 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vom 11.11.2025 -

7. 25-F-63-0036

ANLAGE

Rücksichtnahme fördern: Aufklärung und Schutz vor Passivrauchen an Bushaltestellen

- Antrag der Fraktionen Volt, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 04.06.2025 -
- Beschluss Nr. 170 der Stadtverordnetenversammlung vom 03.07.2025 -
- Bericht des Dezernates V vom 25.10.2025 -

8. 25-F-63-0100

Pflegepraktika in Wiesbadener Krankenhäusern gewährleisten

- Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und Volt vom 02.12.2025 -

Die generalistische Pflegeausbildung nach PfIBG/PfIAPrV verlangt verbindlich festgelegte Mindeststunden in mehreren praktischen Einsatzbereichen der pflegerischen Versorgung, z.B. im Krankenhaus, in ambulanten Diensten, in der Pädiatrie und in der Psychiatrie. Insbesondere der stationäre Akutpflegeeinsatz in einem Krankenhaus im Umfang von 400 Pflichtstunden sowie die vorgeschriebenen 10% Praxisanleitung sind für Auszubildende, wie Ausbildungsträger in der Planung und Durchführung sehr herausfordernd.

Aus Wiesbadener Pflegeschulen bestehen derzeit Hinweise, dass die Wiesbadener Krankenhäuser nicht in allen Bereichen über ausreichende Kapazitäten verfügen. Dadurch kommt es zu Verzögerungen oder anderweitigen Abweichungen im Ausbildungsplan, die die Sicherstellung der Ausbildung gefährden. Verschärft wird dieses Problem durch das kommende Pflegefachassistentenzgesetz, das für die künftige Ausbildung in diesem Assistenzberuf zusätzlich pro Auszubildenden weitere 240 Stunden Pflichtpraktikum im Krankenhaus fordert. Für etwa 300 Auszubildende der Pflegefachassistentenz in Wiesbaden müssten allein zusätzlich pro Jahr diese Pflichtpraktika bereitgestellt werden. Das wären 72.000 Stunden Praktikum im Krankenhaus und 7200 Stunden Praxisanleitung durch qualifiziertes, geschultes Personal. Zur Sicherstellung der Ausbildungsqualität und Attraktivität des Pflegeberufs möchten wir hier aufklären.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten,

1. welche Krankenhäuser und Kliniken in Wiesbaden

- a. derzeit Praktikumsplätze für die generalistische Pflegeausbildung und für die künftige Ausbildung zur Pflegefachassistentenz zur Verfügung stellen,

- b. wie viele Praktikumsplätze jeweils pro Einsatzbereich verbindlich verfügbar sind
 - c. und wie viele Auszubildende diese Plätze in beiden vergangenen Ausbildungsjahrgängen in Anspruch genommen haben.
2. welche Schwierigkeiten die Kliniken sehen und welche Maßnahmen aus ihrer Sicht dazu beitragen können, die die Verfügbarkeit der vorgeschriebenen Einsätze für den Gesundheitsstandort Wiesbaden sicherstellen.

Bereich Wirtschaft/Beschäftigung

9. 25-F-22-0120

Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen

- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 03.12.2025 -

Die wirtschaftliche Entwicklung der Wiesbadener Innenstadt ist ein zentraler Faktor für die Attraktivität der Stadt. In den vergangenen Jahren wurde wiederholt auf eine positive Frequenzentwicklung und hohe Besucherzahlen in der Innenstadt hingewiesen. Gleichzeitig zeigen die aktuellen Auswertungen der Gewerbesteuerbuchungen nach Branchen (2019-2024) jedoch Veränderungen, die einer vertieften Betrachtung bedürfen.

Treiber der sprudelnden Gewerbesteuерentwicklungen sind branchenspezifisch. Über 50 % der Gewerbesteuanteile kommen aus der Branche Banken und Versicherungen; damit besteht ein erhebliches Klumpenrisiko für die Stadt Wiesbaden.

Aus der Übersicht wird beispielsweise ersichtlich, dass der Anteil des Handels an den gesamten Gewerbesteuereinnahmen deutlich zurückgegangen ist (von 59 Mio. Euro in 2022 auf 38,2 Mio. Euro in 2024).

Die Diskrepanz zwischen gemeldeter Besucherfrequenz und dem sinkenden Anteil des Handels an den Gewerbesteuereinnahmen wirft Fragen zur wirtschaftlichen Lage auf. Eine fundierte Einschätzung erfordert daher eine vertiefte Analyse möglicher Ursachen und Rahmenbedingungen.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten, wie sich die Gewerbesteuanteile im Jahr 2025 entwickeln bzw. voraussichtlich entwickeln werden.
2. eine Risikobewertung in Hinblick auf das Klumpenrisiko vorzunehmen (Banken- und Versicherungssektor),
 - a. insbesondere das Risiko eines Gewerbesteuereinbruchs zu bewerten,
 - b. wie eine anhaltende wirtschaftliche Rezession und eine mögliche Niedrigzinsphase zu Gewinneinbrüchen bei Banken beitragen könnten.
3. zu berichten, wie die Entwicklung des Gewerbesteuanteils des Handels 2022 bis 2024 bewertet wird. Welche allgemeinen Faktoren könnten aus Sicht des Magistrats zu dieser Veränderung beigetragen haben?
4. zu berichten, wie diese Entwicklung im Verhältnis zu den gemeldeten hohen Besucherzahlen in der Wiesbadener Innenstadt eingeordnet werden.

5. zu berichten, auf welcher Grundlage die in den vergangenen Jahren insgesamt erzielten Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer beruhen.
 - a) Welcher Anteil dieser Mehreinnahmen ist auf die Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes zurückzuführen?
 - b) Welcher Anteil ergibt sich aus tatsächlichen wirtschaftlichen Erträgen bzw. einer Veränderung der Steuerleistung der Unternehmen?

10. 25-F-15-0051

Areal Bank in Wiesbaden halten

- Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 01.12.2025 -

Vor wenigen Wochen berichtete die Presse von neuen Entwicklungen bei der in Wiesbaden ansässigen Areal Bank. Dieses Institut ist ein im SDAX gelistetes Unternehmen und beschäftigt hier knapp 1.000 Mitarbeiter.

Offensichtlich gab es mit der Hessischen Landesbank (HELABA) in den letzten Monaten Gespräche über ein Zusammengehen beider Finanzinstitute, die im Ergebnis zum Entstehen eines neuen Immobilienfinanzierers mit dem größten Kreditvolumen in Deutschland geführt und auch sicherlich für Wiesbaden Konsequenzen gehabt hätten.

Die Gespräche sind wohl gescheitert. Die Areal Bank bleibt in Wiesbaden; allerdings wird es erhebliche bauliche Änderungen geben. In der Presse ist die Rede von einer neuen Zentrale. In dieser Situation ist wichtig, das Kreditinstitut in Wiesbaden auf jeden Fall zu halten.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. ob ihm die konkreten Pläne der Areal Bank bekannt sind,
2. wenn ja, welche,
3. ob eine in Aussicht genommene neue Zentrale ohne großes bürokratisches Bauordnungsverfahren auf dem Campus realisiert werden kann, und
4. ob dem Magistrat Pläne bekannt sind, was mit dem alten Gebäude der Bank geschehen soll.

Bereich Allgemeines:

11. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 25-F-22-0051

Maßnahmen zum Schutz Minderjähriger vor dem Konsum von Lachgas

- Antrag der Fraktionen von CDU und FDP vom 07.05.2024 -
- Bericht des Dezernates IV vom 18.11.2025 -

- Der Bericht steht im PIWi zur Verfügung -

2. 25-F-63-0060

Missbrauch von Lachgas als Droge

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 02.09.2025 zum Antrag 24-F-72-0001 (zu TOP I.5) für die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit am 02.09.2025 -
- Bericht des Dezernates IV vom 18.11.2025 -

- Der Bericht steht im PIWi zur Verfügung -

3. 25-V-02-0018

DL 28/25-1

Teilnahme der Landeshauptstadt Wiesbaden an der internationalen Fachmesse für Immobilien und Investitionen Expo Real in München in den Jahren 2026 und 2027 ff.

4. 25-V-67-0008

DL 30/25-10

Antrag auf Aufnahme in das Städtebauförderprogramm „Wachstum und nachhaltige Erneuerung“

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Susanne Hoffmann-Fessner
Vorsitzende